

**Fraktionsgemeinschaft Gemeinderat Leinfelden-
Echterdingen**

Haushaltsrede 2020

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Klenk
sehr geehrte Frau Erste Bürgermeisterin Noller,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Kalbfell,
sehr geehrte Gemeinderatskolleg*innen und Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung,
und natürlich
sehr geehrte Mitbürger*innen,

alle Jahre wieder gegen Jahresende geben die Gemeinderatsfraktionen ihre Statements ab. Zum vergangenen Jahr wird Stellung genommen, aber natürlich geht es in der Hauptsache darum, mit dem Beschluss des Haushalts die Weichen zu stellen für die Aktivitäten der Kommune in den folgenden Jahren. Neben klaren Aussagen zur Finanzsituation gehören auch Bekenntnisse zur strategischen Ausrichtung unserer Stadt in diesem Bereich. Zu beidem haben wir schon einiges gehört. Die finanzielle Situation unserer Stadt ist bekannt und uns allen bewusst. In Anbetracht der Tatsache, dass wir wegen der Pandemie unsere Reden heute ganz bewusst kürzen und auf das Wesentliche beschränken, werde ich auf eine ausführliche Analyse des vorgelegten Haushalts heute verzichten. Uns ist wichtiger, dass wir heute Ihnen allen, aber insbesondere unseren Mitbürger*innen darlegen wollen, wie unsere Fraktion mit der schwierigen aktuellen Situation umgehen möchte.

Allgemeiner Ausblick Finanzen:

Wir sind uns sicher, dass sich die finanzielle Situation der Stadt in naher Zukunft nicht verbessern kann. Wir können froh sein, sie auf einem gewissen Standard halten zu können. Wo diese Linie liegt, wagen wir nicht einzuschätzen. Das bedeutet für uns eine absolute Priorisierung unserer Mittel. Insbesondere da, wo es sich um freiwillige Leistungen handelt, haben wir künftig weniger Handlungsspielraum als früher und werden uns einschränken müssen - auch wenn es weh tut.

Wir sind aber auch davon überzeugt, dass es solche Einschränkungen nicht in prekären sozialen Bereichen geben darf, wo es Menschen trifft, die unter der aktuellen

Situation besonders leiden. Hier müssen wir ggf. sogar noch bessere und weitreichendere Hilfsangebote machen.

Dass wir inzwischen sogenannte Strafzinsen bezahlen müssen, hat sich weitgehend herumgesprochen. Ein Unding. Wir müssen uns dies einmal vor Augen führen, in welcher einer Wirtschaftsordnung wir leben. Die Banken freuen sich nicht mehr wie früher, dass die Kund*innen ihr Geld bei ihren Instituten anlegen und sie damit arbeiten dürfen. Nein, wir bezahlen Geld, damit die Institute mit unserem Geld Gewinne erzielen. Aber wir werden es nicht ändern.

Deshalb fragen wir, was ist für uns die Konsequenz? Dafür haben wir mehrere Ideen:

1. Klare Prioritäten bei unseren Planungen. Damit verplante Gelder auch abfließen können und nicht Jahr für Jahr mitgezogen werden. Das entlastet auch unser Personal. Wir sehen sehr wohl, dass auch unsere Fraktion Vorhaben zugestimmt hat, bei denen wir von Anfang an Bedenken hatten, dass wir diese im vorgesehenen Rahmen auch umsetzen können. Uns ist wichtig, dass wir von Anfang an eine strukturierte Zeitplanung besitzen, die auch von den vorhandenen Ressourcen in der Verwaltung umgesetzt werden kann.
2. Keine Grundstücks- oder Immobilienverkäufe, die nicht unmittelbar notwendig sind.
3. Mutige zukunftsweisende Entscheidungen der Verwaltungsspitze und des Gemeinderats. Manchmal ist es sinnvoll, weiter zu denken, als es oft gemacht wird. Manchmal sollten getroffene Entscheidungen auch überdacht werden, wenn sich Parameter ändern. Hier vermissen wir sowohl in der Verwaltungsspitze als auch im Gemeinderat die notwendige Beweglichkeit.

Beispiel Erweiterung Zeppelin- und Goldwiesenschule. Die Gesamtkosten liegen aktuell bei 22 Millionen. Nach den entsprechenden Beschlüssen hat sich gezeigt, dass die Erweiterungspläne schwieriger und damit sehr viel teurer werden, als ursprünglich angedacht. So teuer, dass Sie, Herr Oberbürgermeister, gegenüber dem Gemeinderat sinngemäß eine Bemerkung gemacht haben, die uns aufhorchen ließ: "Wenn man dies gewusst hätte, hätte man ja gleich neu bauen können." Ja, da sind wir ganz bei Ihnen. Hätten wir. Unsere Fraktion hätte sich gewünscht, dass eine solche Erkenntnis dazu führt, dass unter Berücksichtigung der neuesten Umstände die Entscheidung wirklich nochmals hinterfragt wird. Auch wenn wir Zuschüsse für Schulbauten nicht gleich abrufen können, oder im schlimmsten Fall auch gar nicht.

Wir sagen: Ein Neubau wäre nachhaltiger und zudem für Planer*innen, Schüler*innen und Lehrer*innen erträglicher. Wir fragen in die Runde: Wenn wir uns die Kostensteigerungen und die zu erwartenden Zuschüsse anschauen,

liegen wir da wirklich richtig? Was nützt es uns, Zuschüsse zu bekommen, wenn wir am Ende doch draufzahlen?

Ein weiteres unkluges Vorhaben ist die angedachte Aufteilung der Verwaltung auf zwei Standorte. Ich werde nicht die Antwort von Ihnen, Frau Noller, vergessen, in einer der ersten Austausch-Runden zu diesem Thema. Auf meine Frage, ob eine zentrale Verwaltung nicht effektiver arbeiten kann, haben Sie mir geantwortet: "Ja, sicherlich, aber wir kommen gut damit klar, wir haben das schon immer so gemacht, wir sind das gewohnt". Von den anderen Fraktionen wurde diese Aussage ganz unkritisch hingenommen, das können wir einfach nicht nachvollziehen. Wir planen doch nicht für die kommenden 5 Jahre, sondern für mindestens 5 Jahrzehnte, hoffentlich deutlich mehr. Wir müssen doch im Blick haben, dass sich die Verwaltungsstrukturen drastisch ändern werden, Stichwort #mobiles Arbeiten, #digitales Rathaus, wollen wir wirklich an den alt-hergebrachten Strukturen so festhalten? Das kostet uns Zeit, Personal und nicht zuletzt viel Geld, das wir anderswo so dringend brauchen. Wir sollten unbedingt den rasanten digitalen Wandel in der Arbeitswelt und seine Auswirkungen bei der Planung des Verwaltungsstandortes mitdenken.

An dieser Stelle möchten wir uns bei der Finanzverwaltung bedanken, die unermüdlich nach Lösungen sucht, die uns die vorhin genannten Negativzinsen ersparen sollen. Aus unserer Sicht sollten wir uns baldmöglichst gemeinsam Gedanken machen, wie wir mit dieser Situation umgehen können und welche Lösungen für uns in Frage kommen.

LE ... im Zeichen des Klimawandels

Ziemlich genau vor fünf Jahren, am 12.12.2015, wurde das Übereinkommen von Paris auf der UN-Klimakonferenz verabschiedet. Darin einigten sich 195 Staaten auf eine Begrenzung der globalen menschengemachten Erwärmung auf deutlich unter 2° C im Vergleich zu vorindustriellen Werten. Doch obwohl das Abkommen schon vor fünf Jahren beschlossen wurde, ist offensichtlich, dass es von vielen nicht ernst genommen wird. Es scheint ein Irrglaube vorzuherrschen, man könne darüber noch verhandeln, es erst in letzter Minute umsetzen. Ebenso ist es ein Irrglaube, alles müsse die sogenannte "Große Politik" regeln, in Berlin oder auf noch höheren Ebenen. Wir sehen das anders. Wir sehen uns alle in der Pflicht, aktiv Maßnahmen zu ergreifen, um dem Klimawandel etwas entgegenzusetzen. Auch und gerade die Kommunen haben viele Möglichkeiten, nachhaltig zu agieren. Wir erwarten, dass wir unsere Denkweise radikal ändern und bei allen Entscheidungen die Umweltverträglichkeit und Nachhaltigkeit im Blick haben. Der Schutz des Waldes und der landwirtschaftlichen Flächen haben in unserer Fraktion einen hohen Stellenwert. Entsprechende Anträge haben wir unserer Haushaltsrede angehängt.

... und als Wirtschaftsstandort

Alles hängt mit allem zusammen. Neue Technologien und innovative Unternehmen sind oft der Schlüssel zu weiteren Entwicklungen. Wir befürworten die Ansiedlung von Startups, die unter anderem auch in diesen Bereichen arbeiten. Zum einen brauchen wir künftig gesicherte Erträge in der Gewerbesteuer, zum anderen haben wir nicht unendlich Fläche zur Verfügung, um Unternehmen bei uns anzusiedeln. Es gibt diverse Vorschläge und konkrete Ideen aus den Reihen unserer Wirtschaftsunternehmen, aus der IWV. Wir greifen diese gerne auf und haben mit Interesse vernommen, dass auch die Verwaltungsspitze solchen Ideen und Projekten gegenüber aufgeschlossen ist. Auch in der letzten Sitzung des Kommunalen Arbeitskreises Filder haben wir uns diesem Thema gewidmet. Positive Rückmeldungen bestärken uns, dass die Zeit reif ist, hier neue Wege zu gehen. Langfristig werden solche innovativen Projekte unseren Standort LE sichern können. Für Flächen fressende und emissionsstarke Industriebetriebe haben wir hier keinen Platz!

Hallenbad:

Dieser Punkt verdient eine extra Erwähnung. Wir denken, eine Stadt unserer Größe kann auf ein Hallenbad nicht verzichten. Auch weil in den beiden verbleibenden Bädern für Schulsport nicht genug Kapazitäten vorhanden sind für alle Schüler*innen. Wir brauchen kein Luxusmodell, ein funktionelles Bad genügt und auch auf den Einbau einer Sauna haben wir verzichtet. Jetzt sollte schnellstmöglich die Planung vorangetrieben werden. Wir sind nicht bereit, noch unnötig Geld in ein Bad zu stecken, das in Kürze abgerissen werden soll. Wir bitten um absolute Priorisierung bei der Planung des Neubaus.

Turnhalle Ludwig-Uhland-Schule

Nach wie vor weichen wir nicht von dem Vorhaben ab, den Ersatz der Kino Turnhalle für den Schulsport der LUS unmittelbar an der Schule (Abriss der Aula und Neubau an gleicher Stelle) zu errichten. Die Sportmöglichkeiten für Vereine etc. können durchaus verlagert werden, aber der Schulsport für die Grundschüler*innen darf nicht von der Schule weg verlegt werden.

Mehrgenerationenhaus

Unsere Fraktion hat sich sehr enttäuscht gezeigt, als wir in diesem Jahr unnötig darauf verzichtet haben, an exponierter und idealer Stelle in Echterdingen auf die Umsetzung eines Projekts "Mehrgenerationenhaus" zu verzichten. Aus unserer Sicht haben wir hier eine einmalig tolle Chance verpasst. Mit frühzeitigen Gesprächen mit den Eigentümer*innen hätten wir die Möglichkeit gehabt, an dieser Stelle das umzusetzen, was sich Stadtseniorenrat und viele Bürger*innen schon lange wünschen. Im letzten Gespräch mit unseren Senior*innen haben einmütig alle Fraktionen und die Verwaltungsspitze sich zu solch einem Vorhaben bekannt. Dieser Wunsch ging jedoch ins Leere, bleibt mangels geeignetem Grundstück bis auf weiteres eine Vision. Wir

fragen uns, warum reagieren wir nicht, wenn sich uns Chancen bieten? Die Verwaltung hat geschlafen oder bewusst geschwiegen, der Gemeinderat viel zu spät von den Gesprächen der Stadtverwaltung mit den Eigentümer*innen erfahren. Auch in diesem Fall beschleicht uns das ungute Gefühl, dass leider allzu oft Lippenbekenntnisse einmal mehr keine Bedeutung haben, weil das Handeln nicht dem entspricht, was vorher gesagt wurde. Jetzt bekommen wir mit hoher Wahrscheinlichkeit hochwertige Seniorenwohnungen. Auch etwas Schönes, und sicher auch Sinnvolles. Für diejenigen, die sich solche Wohnungen leisten können.

Fragen:

In Anbetracht der Zeit komme ich zum Ende, möchte aber zum Schluss noch um Erläuterung der folgenden Posten bitten, die wir im Haushaltsentwurf entdeckt haben:

- Deutsches Spielkartenmuseum (Seite 182), Energiesparende Beleuchtung 2021 - 2024: 180.000 Euro. Kann dieser Betrag gestrichen werden, bzw. wann wird sich diese Investition amortisieren?
- Investition Sportzentrum Leinfelden (Seite 269), Ab 2022: 3,5 Mio. Euro. Wir gehen davon aus, dies sind Sanierungsmaßnahmen, gibt es dazu schon konkrete Angaben?
- Grundstücksmanagement (Seite 307) 2022-2024: Veräußerung von bebauten bzw. unbebauten Grundstücken, Summe: ca. 35 Mio Euro. Um welche Grundstücke bzw. Gebäude handelt es sich?
- Stadtwald (Seite 373/374) Jahresbudget 30.000,00 Euro, wieso erhält das Grünflächenamt hiervon einen Teilbetrag?
- Stand Rücklagen (Seite 447/453) Wie hoch ist der jährliche Negativzins?

Erlauben Sie mir noch eine persönliche Anmerkung. Unsere Fraktion ist in den letzten Monaten insbesondere auch dadurch aufgefallen, dass wir sehr genau hinsehen und auch sehr kritische Fragen stellen. Wir sehen dies als unsere Pflicht an. Wir sehen natürlich, dass andere Fraktionen und die Verwaltung dies teilweise als störend empfinden. Das nehmen wir zur Kenntnis. Es ist ganz im Sinne der Demokratie, dass es unterschiedliche Meinungen gibt. Letztendlich wollen wir doch alle das Gleiche, nämlich unsere Aufgaben im Ehrenamt nach bestem Wissen und Gewissen erledigen. Dazu gehört auch, dass wir unsere Aufsichtspflicht gegenüber der Verwaltung ernst nehmen und Dinge hinterfragen. Solange dies auf sachlicher und fachlicher Ebene geschieht ist dies gut und richtig. Die politische Auseinandersetzung in den Gremien ist doch das, was wir alle lieben und auch wollen, sonst hätten wir uns doch längst von diesem Ehrenamt verabschiedet.

Von daher freuen wir uns auf die weitere Zusammenarbeit mit Ihnen im kommenden Jahr!

Liebe Mitarbeiter*innen der Verwaltung,
das Jahr 2020 hat es uns allen nicht leicht gemacht. Und die Pandemie geht weiter. Unsere Fraktion dankt allen Kolleg*innen, die sich in diesem Jahr besonders eingebracht haben. Viele von Ihnen sind an Ihre persönlichen Grenzen gestoßen, und haben trotzdem mutig und unermüdlich weitergemacht und ihr Bestes gegeben. Das wissen wir sehr zu schätzen.

Liebe Mitbürger*innen, auch Ihnen wollen wir unseren Dank aussprechen. Auch Sie waren nicht untätig in diesen schwierigen Zeiten. Helfergruppen und Initiativen haben sich gegründet, die sich insbesondere um Menschen gekümmert haben, die auf Hilfe angewiesen waren. Hierfür wollen wir Ihnen allen recht herzlich Danke sagen.

Wie immer finden Sie in der gedruckten Form unserer Rede die Anträge am Ende und wir verzichten darauf, diese hier vorzulesen. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und - auch wenn es inzwischen schon ein wenig abgedroschen klingt, bleiben Sie alle gesund und passen gut auf sich auf!

Anträge

1. Es wird beantragt, dass unsere Große Kreisstadt spätestens zum Jahre 2030 klimaneutral wird.
2. Eine der Maßnahmen bzgl. der Klimaneutralität sollte sein, künftig auf allen städtischen Gebäuden PV-Anlagen zu installieren. Im Weiteren bitten wir die Technische Verwaltung zu prüfen, inwieweit wir solche Maßnahmen künftig in allen Bebauungsplänen, also auch für private Baumaßnahmen, vorschreiben dürfen.
3. Eine weitere Maßnahme bzgl. der Klimaneutralität sollte sein, dass wir bei allen Bauten, Hoch-, Tief- und Straßenbau, die Möglichkeiten der Kreislaufwirtschaft am Bau prüfen.
4. Als eine der vordringlichsten Aufgaben für unsere künftige Klimaschutzmanager*in sehen wir neben der Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes die Erarbeitung eines Planes zum Erreichen dieses Zieles. Hierfür bitten wir um Unterstützung bei der Verwaltung und unseren Gemeinderatskolleg*innen.

5. Wir beantragen die Bildung einer Arbeitsgruppe, die zum Ziel hat, Konzepte zu entwickeln, wie wir Startups bei uns in der Stadt ansiedeln können. Wir beauftragen die Verwaltung Gespräche aufzunehmen mit unseren ortsansässigen Betrieben, um abzuklären ob und ggf. wie die Bereitschaft ist, in dieser Arbeitsgruppe mitzuwirken. Dabei ist zu prüfen, ob es für unsere Stadt hilfreich ist, dem Projekt "Mach ES" beizutreten, das interkommunal Synergien bildet, Netzwerke knüpft und so innovativen Gründungswilligen im Kreis Esslingen gezielte Beratung angedeihen lässt.
6. Wir bitten um absolute Priorisierung der Planung und Umsetzung des Neubaus des Hallenbads Leinfelden.
7. Wir bitten die Verwaltung, dem Gremium im kommenden Jahr einen konkreten Vorschlag zu machen, wo und wie ein Projekt "Mehrgenerationenhaus" umgesetzt werden kann.
8. Wir bitten die Verwaltung um eine Sitzungsvorlage, in der dargelegt wird, wie künftig mit für die Stadtentwicklung relevanten Informationen umgegangen werden soll. Wir denken an die späte Information des Gemeinderats über den Grundstücksverkauf in Echterdingen Ecke Gartenstraße/Christophstraße. Hier hätten wir uns gewünscht, dass das Gremium frühzeitig informiert worden wäre, um die Entwicklung auf dieser Fläche an exponierter Stelle mit zu gestalten. Wir empfinden es als Zumutung, wenn die Verwaltung mit dem privaten Investor verhandelt und der Gemeinderat diese Informationen erst Monate später erhält. Wenn sich diese Ergebnisse eins zu eins in einem Rahmenplan wiederfinden, der dann verabschiedet wird. Damit wurde uns erst Monate später bekannt, dass ein beteiligtes Unternehmen direkten Einfluss auf die Planungen hatte.
9. Es wird beantragt, dass im Stadtwald von Leinfelden-Echterdingen 25 % der Gesamtwaldfläche als Schonwald ausgewiesen werden soll.
Begründung: In Jahrmillionen von Jahren hat das Ökosystem Wald nur überlebt, weil es sich ständig den klimatischen Veränderungen seiner Umgebung angepasst hat. Diese Anpassungsprozesse werden genetisch von Baumgeneration zu Baumgeneration weitergeben, um deren Fortbestand zu sichern. Wenn jedoch gesunde und widerstandsfähige Bäume geschlagen werden, geht deren genetische Vielfalt und Anpassungsfähigkeit unwiederbringlich verloren. Erschwerend kommt hinzu, dass durch Baumfällungen Lichtungen entstehen, die den Waldboden als Speicher für Nährstoffe und Wasser ungeschützt der Sonne aussetzen und somit irreparabel schädigen.
Definition Schonwald laut ForstBW: „In Schonwäldern unterliegt die Bewirtschaftung (...) bestimmten Auflagen, die in der Schutzgebietsverordnung aufgelistet sind. Von der alle 10 Jahre wiederkehrenden ‚Forsteinrichtung‘ wird

die Einhaltung der Auflagen überprüft und in einem Maßnahmenplan umgesetzt. Zusätzlich wird die Erreichung der Schutzziele durch Forschungsprojekte der Forstlichen Versuchsanstalt Baden-Württemberg überwacht. Die Schutzziele können in den Schonwäldern ganz unterschiedlich sein. Beispielsweise soll eine Optimierung der Lebensbedingungen für einzelne Tier- und Pflanzenarten stattfinden, bestimmte Waldgesellschaften erhalten, oder historische Waldformen wiederhergestellt werden. (...)

Eine etwas detailliertere Begründung werden wir gerne den Gremiumsmitgliedern rechtzeitig zu den Beratungen zur Verfügung stellen.

10. Es wird beantragt, dass ab dem 01.02.2021 eine Minijob-Stelle bei der Stadt geschaffen wird, um die Arbeit des bisherigen Mitarbeiters, Herrn Dieter G. auch nach dem 31. Januar 2021 fortzuführen.

Begründung: Herr G. ist bei der Stadt Leinfelden-Echterdingen als Forstwirt angestellt. Sein Arbeitsverhältnis endet zum 31.01.2021. Dank seiner Ortskenntnisse und seines fundierten Fachwissens über die Neuanlage und Pflege von Biotopen hat er in den vergangenen Jahren unter der Regie von Herrn Revierförster Lang bzw. dessen Nachfolger, Herrn Auracher, zahlreiche Wasserstellen geschaffen. Stand Oktober 2020 sind es ca. 150 Feuchtstellen in unterschiedlichen Größen und Nutzungstiefen. Bei der Neuanlage von Biotopen, Laichgewässern und Krötenteichen sind Bodenbeschaffenheit, Sonneneinstrahlung und natürliche Wasserzuläufe bzw. natürlich vorhandene Feuchtstellen zu berücksichtigen, um das Speichern von Oberflächenwasser zu gewährleisten. Im Laufe der Zeit verlanden Biotope durch Laub, Gehölz und Erde. Um diesem Verlanden entgegenzuwirken, müssen spezielle Pflegemaßnahmen durchgeführt werden. Diese Pflegemaßnahmen unterliegen jedoch bestimmten Vorgaben, um den dortigen Tier- und Pflanzengemeinschaften nicht zu schaden. Die Person, die künftig die Biotope pflegen und weitere anlegen soll, müsste selbstverständlich den Baggerführerschein haben, über sehr gute Ortskenntnisse verfügen und ein fundiertes Fachwissen über Biotope haben. Die entsprechenden Arbeitseinsätze würden mit unserem Revierförster koordiniert und zeitlich gebündelt werden, um Neuanlagen und Pflegemaßnahmen von Biotopen zu ermöglichen.

11. Wir bitten um einen intensiven Austausch, wie wir damit umgehen, dass wir sogenannte Strafzinsen bezahlen. Wir wünschen uns im ersten Quartal 2021 eine entsprechende Sitzungsvorlage oder einen Austausch einer Mini-Klausur, wenn nötig hybrid oder digital, um für dieses Problem eine Lösung zu finden.

12. Die Sportvereinigung Stetten (SpVgg Stetten) hat der Stadt zuliebe ihr Grundstück an die Stadt veräußert und sich mit der künftigen Planung der Stadt einvernehmlich geeinigt. Nun soll der Verein die notwendige Lärmschutzmauer selber finanzieren. Das geht aus unserer Sicht nicht. Von dieser Mauer war,

zumindest nach unseren Informationen niemals vorher die Rede. Der Verein konnte diese also nicht in die Planung aufnehmen. Deshalb sehen wir die Stadt in der Pflicht, die Kosten für den Mauerbau zu übernehmen. Wenn wir als Stadt die Auffassung vertreten, der Verein muss hierfür finanziell aufkommen, hätten wir die Pflicht gehabt, den Verein vorab darüber zu informieren.

13. Die Große Kreisstadt Leinfelden-Echterdingen wird "Sicherer Hafen".

Wir beantragen, dass Leinfelden-Echterdingen wie aktuell 215 weitere Kommunen der Bundesrepublik die Initiative „Seebrücke – Schafft sichere Häfen“ unterstützt. Beispiele aus unserer Region: Städte wie Stuttgart, Tübingen (Stadt und Landkreis), Renningen, Herrenberg, Reutlingen, Ulm, Schwäbisch Gmünd, Mannheim sind Mitglied im Bündnis. Vor wenigen Tagen erst entschied der Gemeinderat von Esslingen mit deutlicher Mehrheit, dem Bündnis beizutreten. Auch Leinfelden-Echterdingen sieht die Notwendigkeit, weiterhin Geflüchtete freiwillig aufzunehmen, um dem unsäglichen Leid vor den Toren Europas ein Ende zu setzen. Deshalb erklärt sich unsere Stadt offiziell zum Sicherem Hafen für Geflüchtete. Damit bekräftigen die Kommune und ihre Bevölkerung die bisher gelebte Praxis einer Willkommenskultur. Der Gemeinderat appelliert an die Bundesregierung, sich weiterhin und verstärkt für die Bekämpfung der Fluchtursachen einzusetzen, insbesondere für eine gerechtere und effektivere Entwicklungs- und Klimaschutzpolitik, und dafür, dass die Menschen auf dem Mittelmeer gerettet und menschenwürdig in Europa verteilt und untergebracht werden. Weitere Details dieser Forderung lassen wir der Verwaltung und allen Stadträt*innen zukommen und können im Amtsblatt unter der Rubrik unserer Fraktion nachgelesen werden. Sie sind Bestandteil dieses Antrags.